



Paulas Berlinkurier

Ausgabe 13

9. Juli 2010



Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,

Angela Merkel flieht zur Fußball-WM, Schwarz-Gelb rettet sich in die Sommerpause. Nach einem Regierungsversagen in Serie, das jetzt neun Monate andauert, nach fortgesetzter Entscheidungsunfähigkeit bei nahezu allen wichtigen politischen Fragen, nach einem Misstrauensvotum gegen Merkel bei der Bundespräsidentenwahl, taumelt die Koalition in die Ferien.

Wir haben uns die zurückliegenden Monate noch einmal angeschaut und verglichen, was Schwarz-Gelb im Wahlkampf versprochen, im Koalitionsvertrag angekündigt und was die Regierung tatsächlich geliefert hat. Das Ergebnis führt die gebrochenen Wahlversprechen von Schwarz-Gelb in ihrem nie dagewesenen Ausmaß vor Augen. Versprochen wurden Milliarden über Milliarden an Steuersenkungen zur Entlastung der unteren und mittleren Einkommen. „Mehr Netto vom Brutto“, hieß der Slogan. Vielfach war die Aussage zu hören: „Wir sind nicht gewählt, um Beiträge zu erhöhen.“ Nach neun Monaten ist klar, dass das Gegenteil geschieht. Die Steuersenkungen wurden nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen beerdigt. Stattdessen steigt die Steuerlast für Unternehmen wie für Bürger. Vor allem aber werden Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr belastet durch steigende Abgaben und Gebühren. Was ist die Konsequenz für die Bürgerinnen und Bürger? Weniger Netto vom Brutto.

Auch die Gesundheitsreform ist eine Kombination aus Pest und Cholera. Die ganze Reform ist ein wildes Sammelsurium aus einer maßlosen Belastung für Arbeitnehmer und Rentner. Warum, das verdeutlicht meine Auflistung:

- der allgemeine Beitragssatz steigt von 14,9 auf 15,5 Prozent, so dass Arbeitnehmer in Zukunft 8,3 Prozent, Arbeitgeber 7,3 Prozent vom Einkommen zahlen müssen. Der Arbeitgeberbeitrag wird allerdings eingefroren
- Künftige Ausgabensteigerungen müssen allein die Versicherten tragen. Dazu sollen sie eine vom Einkommen unabhängige Prämie bezahlen, die jede Kasse selbst festlegt.
- Sofern die von der Kasse festgelegte Prämie zwei Prozent des Einkommens eines Versicherten übersteigt, soll der Steuerzahler grundsätzlich für die Differenz aufkommen. Die Abrechnung führt zu einem Bürokratiemonster.

Eine Übersicht zu den gebrochenen Wortbrüchen findet Ihr hier <http://byspd.de/077100708> .
Euch allen eine erholsame Sommerzeit.

Euer

Heinz Paula

Gesundheitsreform gescheitert, fauler Kompromiss und Einstieg in Systemwechsel

Diese Reform ist eine Abrissbirne für das solidarische Gesundheitswesen. Die schwarz-gelbe Koalition verweigert sich ernsthaften Sparbemühungen und wirft den Versicherten das Defizit vor die Füße. Schwarz-Gelb hat ihr Wort gebrochen und führt unsoziale Kopfpauschalen ein, für die es in den meisten Fällen nicht einmal einen Sozialausgleich geben wird (mehr). Die ganze „Reform“ ist ein wildes Sammelsurium aus einer maßlosen Belastung für Arbeitnehmer und Rentner, massiv neuer Bürokratie und unseriöser Sparversprechen (mehr unter <http://byspd.de/078100708>).

Ökolandbau auf dem Vormarsch

Der ökologische Landbau ist weiter auf dem Vormarsch. Trotz Wirtschaftskrise sind sowohl bei den bewirtschafteten Flächen als auch bei der Anzahl der Ökobetriebe Zuwächse zu verzeichnen. Gegenüber 2008 ist die nach europäischen Regeln des ökologischen Landbaus bewirtschaftete Fläche im Jahr 2009 um gut 39.000 Hektar, die Zahl der Ökohöfe ist um 1.234 Höfe auf 21.047, gestiegen. Zur weiteren Stärkung der Ökologischen Landwirtschaft muss die praxisbezogene Forschung ausgebaut werden - besonders im Bereich der artgerechten Tierhaltung. Daher fordert die SPD-Bundestagsfraktion auch im kommenden Haushalt eine Aufstockung des Bundesprogramms "Ökologischer Landbau", die aus dem Etat des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gegenfinanziert wird.

Schwarz-Gelber Haushaltsplan 2011 ist unsozial und ohne Weitsicht

In dieser Woche liegen der Haushalt 2011 und der Finanzplan bis 2014 im Regierungsentwurf vor. Wieder ein Dokument des Scheiterns, das belegt, wie vor allem die Schwächeren in der Gesellschaft für die schwarz-gelben Steuerprivilegien und Klientelgeschenke zahlen müssen. Union und FDP haben „Steurgerechtigkeit“ versprochen. Was jetzt kommt, grenzt an vorsätzlichen politischen Betrug. Nachdem FDP und CSU im Wahlkampf Mövenpick-Spenden erhalten haben, kam zum Jahresanfang die Umsatzsteuerbegünstigung für Hoteliers. Auch Unternehmen, die besonders kreativ bei der Umgehung ihrer Steuerpflicht sind, sich arm rechnen und Gewinne ins Ausland verlagern, wurden von Schwarz-Gelb erneut begünstigt (mehr unter <http://byspd.de/079100708>).

Haltungsbedingungen für Kaninchen verbessern

Die Haltungsbedingungen für Mastkaninchen müssen umgehend verbessert werden. Auf Drahtgitterböden und engstem Raum erleiden viele Tiere unglaubliche Qualen. Wir fordern die Bundesregierung nochmals dringend auf, die Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung umgehend zu überarbeiten und damit die Bedingungen für eine artgerechte Kaninchenhaltung rechtsverbindlich festzulegen mehr unter <http://byspd.de/081100708>.

Regierung blockiert Tierschutz-TÜV

Massentierhaltung und schlechte Haltungsbedingungen für Nutztiere geraten immer mehr in die Kritik der Öffentlichkeit. Ein einheitliches und obligatorisches Prüf- und Zertifizierungsverfahren für Tierhaltungssysteme ist daher dringend erforderlich, es wird seit langem politisch gefordert. Wir fordern die Bundesregierung daher erneut eindringlich auf, eine Verordnung zur Einführung eines obligatorischen Prüf- und Zulassungsverfahrens vorzulegen, die spätestens zum 1. Januar 2012 in Kraft tritt (mehr unter <http://byspd.de/080100708>).



Dr. Paul Wengert, MdL und ehemaliger Augsburger Oberbürgermeister zum Volksentscheid Nichtraucherschutz:

„Mehr Demokratie kommt in Bayern bestens an“

Der Volksentscheid zum Nichtraucherschutz in Bayern hat Furore gemacht. Am 4. Juli stimmte die eindeutige Mehrheit von 61% für die Vorlage der Initiative „JA zum Nichtraucherschutz“. Dagegen wurde der Entwurf der bayerischen Staatsregierung abgelehnt. Die bayerischen Bürgerinnen und Bürger haben sich entschieden, dass die Gesundheit aller vor Einzelinteressen geht.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hatte sich für den alternativen Entwurf ausgesprochen und die Kampagne auch tatkräftig unterstützt. „Was die Iren und Italiener auf den Weg gebracht haben, nämlich einen konsequenten Nichtraucherschutz in der Gastronomie, können auch wir Bayern! Ein Ja beim Volksentscheid heißt ja zum Gesundheitsschutz für die Beschäftigten und Jugendlichen. Nur wenn sich alle beteiligen, können wir es schaffen, gegen den massiven Druck der Tabakindustrie zu gewinnen,“ so die SPD-Gesundheitsexpertin Kathrin Sonnholzer. Die SPD hat sich gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen, der ödp sowie sehr vielen Verbänden und Gesundheitsorganisationen stark gemacht – und das war der richtige Weg. Besonders wichtig war uns die Konsequenz im Gesetzentwurf, denn es kann nicht sein, dass Öffentlichkeit je nach Gusto definiert wird. Öffentlich zugängliche Räume und die Gastronomie sind gleich zu behandeln. Denn die Luft, die wir atmen, sollte gut sein – vor allem für Kinder, Menschen mit Atemwegserkrankungen sowie ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Der Volksentscheid hat gezeigt, dass die Bayern sehr gerne mitbestimmen, von daher votiert die SPD-Landtagsfraktion nachdrücklich für mehr direkte Demokratie in der bayerischen Verfassung. „Nach der Verfassung steht das Recht des Volkes zur Gesetzgebung durch Volksbegehren und Volksentscheid gleichberechtigt neben der Gesetzgebungsbefugnis des Parlaments“, so Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher, „doch sind die Hürden für ein Volksbegehren hoch. Wir wollen die Bürger intensiver an den demokratischen Prozessen beteiligen.“

Die SPD verlangt in einem eigenen Gesetzentwurf, die Eintragsfrist beim Volksbegehren von 14 Tagen auf einen Monat zu verlängern. Damit würde die Chance vergrößert, ein Volksbegehren erfolgreich abzuschließen, d.h. die Unterzeichnungserklärung von zehn Prozent der Stimmberechtigten zu erlangen.

Außerdem soll die Unterzeichnungserklärung beim Volksbegehren nicht nur in den von den Gemeinden bestimmten Eintragungsräumen abgegeben werden können, sondern es wird eine so genannte freie Sammlung wie die Unterschriftensammlung beim Zulassungsantrag des Volksbegehrens eingeführt. Die Unterzeichner des Zulassungsantrags sollen die vorgeschriebenen Unterzeichnungserklärungen also auch selbst sammeln können. Das Stimmrecht der Personen, die auf den „freien Listen“ unterschrieben haben, wird von den Gemeinden wie beim Zulassungsantrag des Volksbegehrens überprüft.

Mehr unter www.nichtraucherschutz-bayern.de.

„Versprochen, gebrochen“

Bundesgesundheitsminister Rösler, April 2010: „Spekulationen über Beitragserhöhungen sind völlig aus der Luft gegriffen.“ **Was wirklich geschah:** Beitragserhöhungen statt Strukturreform.

Bundesfinanzminister Schäuble, Mai 2010: „Die Regierung hat diese Rentengarantie gegeben und wird sie einhalten. Den Rentenzuschuss stellt niemand in Frage.“ **Was wirklich geschah:** Neuer Aderlass statt Stabilisierung

Bundeswirtschaftsminister Brüderle zum Thema Laufzeitverlängerung, Januar 2010: „Das Ziel ist, so schnell wie möglich Klarheit zu schaffen.“ Was wirklich geschah: Hängepartie statt klarer Ansage.

FDP-Chef Westerwelle, Mai 2009: „Ich werde keinen Koalitionsvertrag unterschreiben, in dem nicht niedrigere, einfachere und gerechtere Steuern und damit eine Entlastung des Mittelstands festgeschrieben ist“. Was wirklich geschah: Brennelementesteuer statt Stufentarif.

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Oktober 2009: „Die Familienpolitik wird eines der zentralen Politikfelder in der schwarz-gelben Koalition sein.“ Was wirklich geschah: Das Elterngeld wird gekürzt.
(Quelle: Handelsblatt, 7. Juni 2010)

Pressestimmen zur Gesundheitsreform:

Rösler bastelt weniger Netto vom Brutto zurecht

Höhere Beiträge, ein Steuerzuschuss in Milliardenhöhe und nach oben offene Zusatzbeiträge: Gesundheitsminister Rösler präsentiert einen Kompromiss zur Sanierung des kranken Gesundheitsetats. (Süddeutsche Zeitung, 6. Juli 2010).

Koalition gibt Kassen Lizenz zum Kassieren

Schwarz-Gelb treibt die Notoperation des Gesundheitssystems voran: Die Krankenkassenbeiträge steigen auf 15,5 Prozent, über Zusatzbeiträge dürfen die Kassen künftig frei entscheiden – mit Sozialausgleich für Härtefälle. SPD-Fraktionschef Steinmeier fordert den Rücktritt von Minister Rösler. (SpiegelOnline, 6. Juli 2010).

Kontakt

Erreichen könnt Ihr mein Team und mich über meine beiden Büros in Berlin und Augsburg.

Berliner Büro

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-77239
Fax: 030-227-76011
E-Mail: heinz.paula@bundestag.de
www.heinz-paula.de

Wahlkreisbüro

Schaezlerstr. 13
86150 Augsburg
Tel.: 0821-30127
Fax: 0821-30187
E-Mail: heinz.paula@wk.bundestag.de
www.heinz-paula.de

IMPRESSUM

Heinz Paula, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Redaktion: Petra David, Heinz
Paula (V.i.S.d.P.)